

Liebe Leserinnen und Leser,

gemeinsam können wir so viel zusammen bewegen. Dies habe ich in der vergangenen Woche ganz intensiv gespürt.

Unser CSU-Parteitag am vergangenen Wochenende in Nürnberg hat das einmal mehr gezeigt. Wir haben eine spitzen Organisation und Durchführung erlebt, einen kraftvollen Auftritt unseres Parteivorsitzenden und eine überzeugende Rede unseres gemeinsamen Kanzlerkandidaten der Union, Armin Laschet. Kämpfen wir weiter für unsere hervorragenden Kandidatinnen und Kandidaten, unsere Partei, aber vor allem für die Menschen in unserem Land. Es geht um so viel.



In den letzten zwei Tagen haben wir 2 Prozent aufgeholt. Das gibt uns Rückenwind für den gemeinsamen Wahlkampfendspurt: Lasst uns unsere Botschaften gemeinsam stark nach außen tragen!

Stärke und Standhaftigkeit waren auch in der Parlamentswoche in Straßburg gefragt. Zum Thema Einsatz von Antibiotika musste viel Überzeugungsarbeit geleistet werden. Und diese hat sich ausgezahlt: Die klare Entscheidung gegen den ideologisch getriebenen Einspruch der Grünen zu Reserveantibiotika bringt nun eine sofortige Verbesserung für Mensch und Tier! Sogar Tierschutzverbände haben die Grünen mit ihrem Vorgehen gegen sich aufgebracht. Umso verwunderlicher ist der Beitrag des ZDF und die einseitige Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien und großen Agenturen. Mit der Schlagzeile: „EU-Parlament gegen strenge Antibiotika-Regeln für Tiere: Antrag der Grünen fand keine Mehrheit“ übernimmt der öffentlich-rechtliche Sender ungefiltert Grünen-Sprech.

Das ist ungeheuerlich und falsch, denn wir haben definitiv eine Verschärfung beschlossen! Der delegierte Rechtsakt der EU-Kommission kann nun in Kraft treten und wird nicht auf Jahre hinausgeschoben.

Wir sehen: Nie zu früh aufgeben. Kämpfen lohnt sich immer und wir kämpfen weiter!

Mit freundlichen Grüßen



Mein Europa

Rede zum Gipfel für Lebensmittelsysteme der Vereinten Nationen

Gestern haben wir in Straßburg über den bevorstehenden Gipfel für Lebensmittelsysteme der Vereinten Nationen (UN Food Systems Summit) debattiert. UN-Generalsekretär Antonio Guterres hat ihn zur Chefsache gemacht.

Der Gipfel bietet die große Chance die globalen Ernährungssysteme nachhaltiger, gerechter und effizienter umzubauen. Hierfür müssen wir Wissenschaft und Politik mobilisieren, damit der nachhaltige Übergang auch in die Praxis umgesetzt werden kann! Denn lokale Landwirte, Kleinbäuerinnen und -bauern, Fischer und Försterinnen brauchen dringende Unterstützung beim Übergang für diesen Prozess weltweit.

[Hier](#) können Sie meine Rede dazu lesen und unter diesem [Link](#) finden Sie das Video dazu.

Anwendung von Reserveantibiotika in der Human- und der Veterinärmedizin

Wie eingangs erwähnt, hat sich das Europaparlament für strenge Antibiotika-Regeln in der Veterinär-Medizin ausgesprochen. Damit kann nun die EU-Kommission Kriterien für die Auswahl von Reserveantibiotika in der Human- und der Tiermedizin vorlegen. Grüne und Sozialdemokraten im Europaparlament hatten zuvor versucht, die Vorschläge der EU-Kommission zu torpedieren, da sie ihnen nicht weitgehend genug waren. Dies hätte dazu geführt, dass kranke Tiere nicht mehr hätten behandelt werden können, obwohl es wirksame Medikamente für sie gibt. Das weltweit zunehmende Problem von Antibiotikaresistenzen kann so nicht gelöst werden. Wir brauchen einen ganzheitlichen Ansatz von Humanmedizin, Veterinärmedizin und Umweltwissenschaften statt einseitiger Verbote.

Für CDU und CSU ist klar: Der Vorschlag der Europäischen Kommission ist wissenschaftsbasiert und verhältnismäßig. Er stellt bereits eine Verringerung der in der Tiermedizin verfügbaren Antibiotika und einen verbesserten Schutz vor Antibiotikaresistenz für den Menschen dar. Eine Ablehnung des Kommissionsvorschlags, wie von Grünen und Sozialdemokraten gefordert, hätte letztendlich zu einer Verschlechterung der jetzigen Situation geführt, da Lösungen verzögert werden. Aus diesem Grund haben wir den Kommissionsvorschlag unterstützt.

Klar ist aber auch, dass Reserveantibiotika sowohl bei Menschen als auch in der Tiermedizin nur im geringen Umfang - und unter klaren Bedingungen - eingesetzt werden dürfen. Gleichzeitig ist es sinnvoll, dass bestimmte Mittel nur Menschen vorbehalten sein sollen. Deshalb ist für uns der delegierte Rechtsakt ein wichtiger Schritt, aber er ist nicht der einzige und nicht der letzte im Kampf gegen Antibiotikaresistenzen. Wir fordern von der Kommission, dass sie die Anwendung von Antibiotika in der Tier- und Humanmedizin in den nächsten Jahren gründlich überprüft und wenn nötig nachjustiert. Sowohl Tier- als auch Humanmedizin müssen ihre Verantwortung im Kampf gegen Antibiotika-Resistenz tragen.

Meine Stimmerklärung finden Sie [hier](#).

Rede der Kommissionspräsidentin zur Lage der Europäischen Union

Corona, Klima, Wirtschaft, Außenpolitik: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat am Mittwoch im Plenum ihre zweite große Rede zur Lage der EU gehalten und dabei ihre Pläne für die zweite Hälfte der Legislaturperiode dargelegt. Aufsehen erregte ihre Ankündigung, ein europäisches Wirtschaftssystem für Mikrochips aufbauen zu wollen. Damit sollten der Halbleitermangel angegangen und die Unabhängigkeit Europas gestärkt werden. Bisher ist Europa in dieser Hinsicht auf Importe aus Asien angewiesen. Von der Leyen kündigte deshalb ein europäisches Chips-Gesetz an, das die europäischen Forschungs- und Testkapazitäten zusammenbringt und die Investitionen der EU und der Mitgliedstaaten koordiniert.

Mit Blick auf die weltweite Corona-Pandemie hob von der Leyen hervor, dass Europa bei den Impfquoten eine Vorreiterrolle einnehme. Jetzt müsse es darum gehen, die Impfquoten in ärmeren Ländern voranzubringen. Die Kommissionspräsidentin kündigte an, dass Europa bis Mitte nächsten Jahres 200 Millionen Impfdosen an die Covax-Initiative spenden werde. Darüber hinaus lobte sie die Solidarität der Mitgliedstaaten in der „schwersten globalen Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten“. Dass vor allem junge Leute von der Krise hart getroffen worden sind, will die EU-Kommission nun in den Fokus rücken. Ursula von der Leyen erklärte, dass 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend ausgerufen werden solle. Mit dem neuen ALMA-Programm soll ein europäisches Austausch-Programm junger Berufstätiger an den Start gehen.

Die CDU/CSU-Gruppe hat in der mehrstündigen Debatte darauf hingewiesen, dass sich die zur Bewältigung der Coronakrise aufgebauten Schulden-Instrumente nicht verstetigen dürfen. Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass es in der Europäischen Union nicht zu einer dauerhaften Umverteilung kommt. Der Steuerzahler in Deutschland darf nicht für die Schulden der anderen Euro-Länder haften.

Lesen Sie auch die gemeinsame Bewertung der Rede von Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe, *Daniel Caspary (CDU)*, und der Co-Vorsitzenden und Vorsitzenden der CSU-Eurogruppe, *Angelika Niebler (CSU)*:

„In den vergangenen Monaten haben wir in Europa während der Corona-Pandemie gemeinsam viel erreicht. Kommissionspräsidentin von der Leyen hat zurecht darauf hingewiesen, dass Europa sein Versprechen eingehalten hat. Im Sommer konnte allen Europäerinnen und Europäern ein Impfangebot gemacht werden. Wir haben mit dem europäischen Kurzarbeitergeld Millionen Arbeitnehmern den Job gesichert und damit vielen Familien das Auskommen garantiert. Darüber hinaus hat der Corona-Wiederaufbaufonds ein einmaliges Zeichen der Solidarität gesetzt: Mit 750 Milliarden Euro unterstützen wir die Mitgliedsstaaten beim Kampf gegen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie und geben den Menschen Perspektive.

Dass nun aber die linke Seite hier im Parlament mit offensichtlicher Unterstützung durch den SPD-Finanzminister und Kanzlerkandidaten Olaf Scholz all diese Schulden- und Umverteilungsinstrumente auf Dauer erhalten will, ist brandgefährlich. Wir werden nicht zulassen, dass aus einer europäischen Stabilitätsunion eine europäische Schuldenunion gemacht wird. Der Corona-Notfallfonds Next Generation EU ist befristet und einmalig angelegt worden, um gezielt den Wiederaufbau in den Mitgliedstaaten nach der Coronakrise zu unterstützen. Dabei muss es auch bleiben. Der Steuerzahler in Deutschland darf nicht für die Schulden der anderen Euro-Länder haften.

Wir wollen eine Europäische Union der Solidarität, der Freiheit und der Eigenverantwortung, die den Menschen Chancen bietet und in der Leistung sich lohnt. Bevormundung und Umverteilung ist mit uns nicht zu machen.“

Indo-Pazifik-Strategie

Die EU-Kommission hat ihre Indo-Pazifik-Strategie vorgestellt. Hierzu erklärt der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, *David McAllister (CDU)*:

„Die neue Indo-Pazifik Strategie unterstreicht die strategische Relevanz dieser Region für die EU-Außenpolitik. Es geht darum, unsere europäischen Interessen in diesem äußerst dynamischen Umfeld wirksam zu vertreten. Der indopazifische Raum ist der zentrale Fixpunkt für den Welthandel, gleichzeitig aber auch Brennpunkt für zwischenstaatliche Spannungen. Die Europäische Union hat ein Interesse daran, einen Beitrag für die geopolitische Stabilität und sichere Handelsrouten zu leisten.“

Die EU bietet an, das Engagement in der Region zu intensivieren und ein verlässlicher Kooperationspartner in einem Umfeld zunehmender geopolitischer Spannungen zu sein. Entscheidend ist, die Zusammenarbeit mit möglichst vielen unterschiedlichen Akteuren auszubauen. Es braucht einen pragmatischen, flexiblen und inklusiven Ansatz. Die bereits bestehenden Partnerschaften der EU mit dem südostasiatischen Staatenbund ASEAN oder Ländern wie Japan, Südkorea, Australien und Indien sind eine solide Basis für unsere ambitionierten Vorhaben. Das breite Themenspektrum von Fragen der Sicherheit und des Klimawandels bis hin zur Pandemiebekämpfung, der technologischen Zusammenarbeit sowie gemeinsame Infrastrukturprojekte ist zu begrüßen.“

Neuwahlen Vorstand CDU/CSU-Gruppe

Zur Halbzeit der Legislaturperiode hat die CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament ihren Vorstand neu gewählt. Gruppenvorsitzender bleibt Daniel Caspary (CDU), zur Co-Vorsitzenden ist erneut Angelika Niebler (CSU) gewählt worden. Auch die beiden Parlamentarischen Geschäftsführer Monika Hohlmeier (CSU) und Markus Pieper (CDU) wurden in ihrem Amt bestätigt. Schatzmeister der Gruppe bleibt Peter Jahr (CDU).

Zu stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe wurden gewählt: Andreas Schwab, Ralf Seekatz, Sven Simon und Marion Walsmann (alle CDU).

Zudem hat die CDU/CSU-Gruppe den derzeitigen Fraktionsvorsitzenden Manfred Weber (CSU) erneut als Kandidaten für den EVP-Fraktionsvorsitz nominiert. Die Wahl des Fraktionspräsidiums für die zweite Hälfte der Legislaturperiode findet voraussichtlich im November statt.

Lage in Afghanistan

Die rasante Machtübernahme der Taliban in Afghanistan hat eine Debatte über die Handlungsfähigkeit Europas ausgelöst. Das Europaparlament hat nun die Ereignisse diskutiert und sich mit einer gemeinsamen Entschließung positioniert. Für CDU und CSU ist klar, dass die dramatischen Ereignisse in Kabul gezeigt haben, dass Europa trotz vermehrter Anstrengungen der vergangenen Jahre hin zu einer europäischen Verteidigungsunion nicht über das nötige Instrumentarium verfügt, um den internationalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen. Zwar gibt es in der EU seit 15 Jahren mit den sogenannten EU-Battlegroups schnell verlegbare Kräfte. Doch deren Umfang ist zu klein, um eine solche Operation wie die Sicherung des Kabuler Flughafens durchzuführen.

Afghanistan sollte uns ein erneuter Weckruf sein, dass wir im Bereich militärischer Fähigkeiten als EU gemeinsam ambitionierter voranschreiten müssen, um einerseits eigenständig handlungsfähig zu sein und andererseits den USA gegenüber ein attraktiver statt nur hilfloser Partner zu sein.

Die rasante Machtübernahme der Taliban war ein herber Rückschlag für die langen Anstrengungen der westlichen Staatengemeinschaft in Afghanistan. Trotzdem darf Europa vor der neuen Realität in Afghanistan jetzt nicht die Augen verschließen. Nötig ist nun ein pragmatischer und begrenzter Dialog mit dem de facto-Regime, um die Ausreise von Europäern, Ortskräften und besonders gefährdeten Personengruppen, die noch nicht außer Landes gebracht werden konnten, zu organisieren. Auch der Flüchtlingsfrage gilt es pragmatisch zu begegnen, indem Europa die Nachbarstaaten Afghanistans beim Umgang mit dieser Situation unterstützt, um für die Menschen Lösungen vor Ort zu schaffen.

Vergabe der Blue Card

Die COVID-19-Pandemie hat die Anfälligkeit der europäischen Arbeitsmärkte deutlich gemacht: Um die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken und das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, braucht Europa mehr hochqualifizierte Fachkräfte und Unternehmer aus der ganzen Welt. Dafür werden die vereinfachten Regeln zur Vergabe der Blue Card sorgen, welche das Europaparlament nun verabschiedet hat.

Die EU-Blue Card ist die europäische Antwort auf die US-Green Card. Die reformierten Regeln werden die Beantragung der Blue Card erleichtern. Zudem werden die Rechte der Inhaber gestärkt. Statt einen Vertrag über 12 Monate sollen künftig auch Anstellungen von nur sechs Monaten möglich sein. Statt Ausbildungsnachweise soll im IT-Sektor auch entsprechende Berufserfahrung akzeptiert werden. Das notwendige Mindestgehalt soll nicht mehr 150 Prozent, sondern nur 100 Prozent des nationalen Durchschnitts betragen. Gleichzeitig sollen nationale Systeme für qualifizierte Einwanderung parallel weitergeführt werden können.

Im internationalen Wettbewerb um die klügsten Köpfe hinkt Europa noch immer hinterher. Nur 31 Prozent der Hochqualifizierten aus Drittstaaten wählen ein EU-Land zum Leben und Arbeiten. Zudem behindert der eklatante Fachkräftemangel in einigen Branchen das Wirtschaftswachstum und die europäische Binnenwanderung reicht nicht mehr aus, um diesem Mangel zu begegnen. Die neuen Regeln für die Blue Card werden nun Abhilfe schaffen.

Farm-to-Fork-Strategie

Die Kommission hat sich bei der Farm-to-Fork-Strategie ambitionierte Ziele gesteckt. Unter anderem soll der Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln, aber auch die Verschwendung von Lebensmitteln reduziert und der ökologische Landbau gestärkt werden. Diese Ziele sind richtig und wichtig. Und dennoch: Die Forderungen der Kommission basieren nicht auf verlässlichen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Aus diesem Grund dürfen sie auf keinen Fall ohne eine fachlich fundierte Folgenabschätzung als Grundlage für Gesetzesvorschriften übernommen werden.

Hier finden Sie die [Pressemitteilung](#) dazu.

Mein Mittelfranken

Ausgezeichnet für Tierwohl - Bayerischer Nutztierwohl-Preis 2021

Mächtig stolz bin ich auf das Landwirtsehepaar Kathrin und Martin Hauser. Der Rotenbauer Hof mit seiner langen Tradition hat sich zu einem modernen Landwirtschaftsbetrieb gewandelt. So gut, dass er sogar mit dem "Bayerischen Nutztierwohl-Preis 2021" vom Bayerischen Staatministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ausgezeichnet wurde.

Bei einem persönlichen Besuch vor Ort habe ich zur Auszeichnung gratuliert. Den Bericht finden Sie [hier](#).

Herzensangelegenheiten

Das „smarte“ Dorf - Austausch über die Förderung der ländlichen Räume

Als Berichterstatterin des Agrarausschusses für eine nachhaltige Tourismusstrategie der Europäischen Union, lud ich gemeinsam mit der Welternährungsorganisation und der Arbeitsgruppe des Europäischen Parlaments "Intelligente Dörfer für ländliche Gemeinschaften" (RUMRA) zu einer Veranstaltung über „intelligente Dörfer“ und deren Bedeutung für die Lebensmittelindustrie, die Bioökonomie und die Förderung des ländlichen Tourismus ein.

Lesen Sie [hier](#) mehr zum Thema.

Afrikanische Schweinepest

Die Afrikanische Schweinepest ist mittlerweile ein weltweites Problem und äußerst besorgniserregend. Unsere Schweinebäuerinnen und -bauern brauchen volle Unterstützung von allen Seiten und durchschlagend wirksame Maßnahmen. Viel zu viele Existenzen stehen auf dem Spiel.

Eine aktuelle Pressemitteilungen zu dem Thema finden Sie [hier](#).

Umsetzung der Ethikvorschriften

Bei der Abstimmung über den Bericht über die „Verbesserung von Transparenz und Integrität in den Organen der EU durch die Einsetzung eines unabhängigen Ethikgremiums der EU“ habe ich mich mit Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Gruppe enthalten.

Meine Begründung können Sie [hier](#) nachlesen.

Lesenswert

ARD und ZDF konstruieren sich eine Wirklichkeit! von Alexander Kissler, Redakteur der «Neuen Zürcher Zeitung» (16.09.2021)

„Die Sorgen und Nöte der Bevölkerung sollen direkt an die politische Elite herangetragen werden, live und ungefiltert. In Deutschland heißen vergleichbare Sendungen «Wahlarena» (ARD), «Wahlforum» (ZDF) oder «Jetzt red i» (BR Fernsehen). In diesem Bundestagswahlkampf freilich offenbart sich die Künstlichkeit des Formats auf fast schon groteske Weise: Wirklichkeit wird konstruiert, nicht abgebildet, vor allem von den öffentlichrechtlichen Anstalten. Die Weltanschauung der Macher führt Regie.

Strenggenommen ist schon die Ankündigung Etikettenschwindel. Sowohl bei ARD als auch ZDF sollen «Fragen der Wählerinnen und Wähler» beantwortet werden. Tatsächlich kamen in den jüngsten Ausgaben von «Wahlarena» und «Wahlforum» auch minderjährige Schüler zu Wort, und im ZDF sprach ein Afghane, der seit 2015 mit Visum in Deutschland lebt. Sie alle haben am 26. September kein Wahlrecht. Insofern ist die Aussage des für die ARD verantwortlichen NDR-Chefredakteurs Andreas Cichowicz falsch: «Politik und Wahlberechtigte treffen direkt aufeinander. Das ist gelebte Demokratie und stärkt die politische Teilhabe.» Ähnlich äusserte sich sein ZDF-Kollege Peter Frey.

Wo bleibt die Transparenz?

Die im Fernsehstudio versammelte Gruppe ist das Ergebnis eines strengen Ausleseprozesses. Ideologische Prägungen der Redaktion spielen ebenso eine Rolle wie die Fernsehtauglichkeit der Protagonisten. Das ZDF gibt unumwunden zu, die gecasteten Fragesteller verdanken sich bereits bestehenden Kontakten zum Sender, seien also bewährte Kräfte in der Rolle des Mannes oder der Frau aus der Bevölkerung. Oder aber die Redaktion habe sie «entdeckt und eingeladen», von sich aus oder durch einen Aufruf. In der ARD-«Wahlarena» am Mittwoch mit Armin Laschet haben die Zwecke endgültig über die Mittel triumphiert. Moderator Cichowitz verkündete, das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap habe «uns dabei unterstützt, die Themen zu finden, die für die Bürgerinnen und Bürger bei dieser Wahl besonders interessant sind». Interessant war dann vor allem, wofür sich angeblich niemand interessiert: Nicht nach innerer Sicherheit, nicht nach Migration, nicht nach Bildung, nicht nach Inflation und Steuerlast wurde gefragt - wohl aber nach Cannabis, Inklusion, Diversität und Antirassismus. Wären diese Themen wahlentscheidend, müsste man keinen Wahlkampf mehr führen. Linkspartei, Grüne und SPD hätten ihre Zweidrittelmehrheit längst sicher.

Redaktion wählt Aktivistinnen aus!

Noch drastischer zeigt sich der Unterschied von «Wahlarena» und Wahlvolk an der Teilnahme von Aktivistinnen. Gleich zwei junge Frauen schafften es in die Sendung, die zuvor von einer linken «Aktivistinnen-Agentur» trainiert worden waren. Eine laut eigener Auskunft fünfzehnjährige «Schülerin und Geografiestudentin», die sich bei «Fridays for Futures» engagiert, und eine «Back Lives Matter»-Aktivistin hatten das Medientraining durchlaufen.

Besagte «Aktivistinnen-Agentur» wird von einer Frau geleitet, die der Interventionistischen Linken angehört - einer vom Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuften Organisation, die an den Gewaltexzessen beim Hamburger G-20-Gipfel vor vier Jahren beteiligt war. Obwohl diese Verbindungen bereits

vor der Sendung bekannt waren, erteilten die Moderatoren den beiden Aktivistinnen kommentarlos das Wort. Auch eine junge Frau durfte reden, die sich als «Politikstudentin aus Kiel» vorstellte. Dass sie für das Wahlkreisbüro eines Bundestagsabgeordneten der SPD arbeitet, erfuhr man in der ARD nicht. Der Rundfunkbeitrag wird so schleichend zur „Kirchensteuer für Ungetaufte“: Jeder Bürger muss zahlen für die Vervielfältigung und Verbreitung einer Weltsicht, die wenige Bürger teilen.“ (NZZ, 16.09.2021)

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

mittelfranken@marlenemortler.eu
www.marlenemortler.eu

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Nina Bezold

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.